

Späte Reaktion



Sara Sundermann
über den Kita-Ausbau

Es ist absolut richtig, dass der Senat anerkennt: Bremen braucht viel mehr Kita-Plätze als bisher geplant. Unklar ist noch, wie Bremen die enormen Kosten dieses Ausbaus in den kommenden Jahren finanzieren will – und wo gespart wird, wenn man hier in großem Stil investiert.

Die Bildungsbehörde korrigiert ihre Planungen nun massiv nach oben. Damit reagiert man auch darauf, dass in Deutschland ein Umdenken eingesetzt hat: Vielen Müttern und Vätern – ob sie arbeiten oder nicht – ist heute wichtig, dass ihr Kind in die Kita geht. Zudem haben Gerichte das Recht auf Betreuung gestärkt.

Doch Bremen reagiert mit massiver Verspätung. Bereits im Juni war klar, dass 1200 Plätze fehlen, inzwischen sind es schon 1700. Seit Monaten wird darüber diskutiert. Unverständlich bleibt, weshalb erst jetzt größere Bedarfe benannt werden.

Die Prognose des Statistischen Landesamtes, auf die man sich stützt, gibt es seit drei Monaten, zudem beruht sie auf relativ alten Daten von Ende 2015. Wenn Bremen beim Kita-Ausbau nicht ins nächste Desaster schlittern will, sollte man schleunigst die Kinder mit einplanen, die in diesem Jahr geboren wurden. Bericht Seite 1
sara.sundermann@weser-kurier.de

Identitätsfrage



Nikolai Fritzsche
über eine Verlagerung des Werder-Leistungszentrums

Identität ist das, was Werder den vielen Klubs entgegensetzen kann, die mehr Geld haben. Und wo ist sie zuhause, die Werder-Identität? Am Weserbogen, in der Pauliner Marsch, Stadion, Geschäftsstelle, Trainingsplätze, Leistungszentrum, alles beisammen. Kaum ein anderer Bundesliga-Klub hat das.

Werder muss der Konkurrenz aber auch gute Spieler entgegensetzen, und die sollen nach dem Willen von Sportchef Frank Baumann regelmäßig aus Werders Leistungszentrum kommen. Weil sie dann keine Ablösesumme kosten – und weil sie dann schon Werder-Identität mitbringen.

Damit Toptalente bei Werder ihren Weg machen und nicht anderswo, muss das Leistungszentrum mit denen im Rest des Landes mithalten. Stellt Werder fest, dass das in der Pauliner Marsch nicht geht, wäre es richtig, an einen anderen Standort umzuziehen. Es ginge unvermeidlich ein Stück Identität verloren, doch die Chance auf sportlichen Erfolg würde wachsen – und gemeinsamer Erfolg ist der größte Identitätsstifter. Nur eines müssen Werder und die Politik gemeinsam verhindern: dass Werder Bremen in Niedersachsen trainiert und nur noch zu den Heimspielen in die Stadt kommt. Dann würde Werders Identität wirklich leiden. Bericht Seite 25
nikolai.fritzsche@weser-kurier.de

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN
Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE
Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinstraße 43, 28195 Bremen
Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig
Geschäftsführende Redakteure:
Alexandra-Katharina Küttemeyer, Christian Wagner
Chefredakteur: Jürgen Hinrichs - Chefredakteur Kultur/Medien:
Dr. Hendrik Werner - Politik: Joerg Heilge Wagner - Bremen:
Mathias Sonnenberg - Wirtschaft: Philipp Jaklin - Kultur:
Iris Hetscher - Sport: Marc Hagedorn - Regionalleitung:
Peter Voith - Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt,
Bernhard Komesker (komm.) - Leiter Zentralredaktion: Markus Peters
Leiter Sonderthemen: Stefan Dammann - Art-Direktor:
Franz Berding - Büro Berlin: Jochen Arntz (Leitung)
Büro Hannover: Peter Mlodoch - Büro Hamburg: Mona Adams

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
David Koopmann, Tanja Bittner, Markus Djürken
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 70.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis
14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von
6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von
8 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser
entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/3671000

Abonnenten-Service:
Telefon: 0421/36716677 Telefax: 0421/36711020
E-Mail: abonentenservice@weser-kurier.de
abonentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800/3671222
*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/3671000
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 0421/36716655
Telefax: 0421/36711100 (Anzeigen)
Telefax: 0421/36711010 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de



Mario Lars

100 Tage vom Teleprompter



Thomas Spang
über den Machtwechsel in Washington

Wenn sich der Pulverdampf über dem Schlachtfeld der Wahlkämpfer verzogen hat, tritt der Sieger gewöhnlich vor die Presse. Traditionell steht der gewählte US-Präsident dann Rede und Antwort zu seinen Plänen für die Zukunft und diskutiert personelle Weichenstellungen.

Nicht so Donald Trump, der wahlweise in seinem Wolkenkratzer in Manhattan oder auf seinem Golfplatz in Bedminister im benachbarten New Jersey Hof hält. Via soziale Medien wirft er den Amerikanern Info-Häppchen vor die Füße. Dazu gehört das ominöse Video-Statement, das in 2:37 Minuten einen Ausblick auf die ersten 100 Tage seiner Präsidentschaft wirft.

Trump liest vom Teleprompter einen Stichwortzettel mit Versprechen aus dem Wahlkampf ab. Eine erstaunlich kurze Liste, auf der seine größten Hits – die Mauer an der Grenze zu Mexiko, das Ende von Obamacare, der Muslimen-Bann, die Kündigung des Atomabkommens mit Iran – fehlen.

An erster Stelle erwähnt er den Ausstieg aus dem transpazifischen Handelsabkommen TPP, das er durch eine „America first“-Politik ersetzen will, die Industrien und Arbeitsplätze zurückbringen soll. Darüber hinaus kündigt er den Abbau von Umweltschutzregeln bei der Produktion von Schieferöl sowie der Gas- und Kohleförderung an. Dann will er die Infrastruktur vor Angriffen aus dem Cyberspace schützen und das Arbeitsministerium anweisen, den Missbrauch von Visa-Programmen unter die Lupe zu nehmen.

Viel ist das nicht für die „ersten 100 Tage“. Statt sich den Fragen der Reporter zu stellen, zitierte Trump führende Vertreter großer US-Medien in den Trump Tower, um ihnen hinter verschlossenen Türen die Leviten zu lesen. Der Populist klagte über die angeblich so unfaire Berichterstattung und ließ die Presse wissen, dass er nicht daran denke, die Tradition aufrechtzuerhalten, sich als Präsident rund um die Uhr von Medien begleiten zu lassen.

So viel zum Thema Transparenz im Amt, das Trump auch sonst eher unkonventionell angeht. Es scheint nicht einmal sicher, dass der 45. Präsident die meiste Zeit im Weißen Haus in

Staats- und Privatgeschäfte gehen munter durcheinander.

Washington verbringen wird. Ehefrau Melania und Sohn Barron bleiben in jedem Fall erst einmal in New York. Auch er selbst könnte sich häufiger in dem Betonurm verschanzen. Die anstehende Renovierung des Oval Office bietet eine passende Ausrede dafür.

Wenn die ersten beiden Wochen ein Maßstab sind, gehen bei Trump schon jetzt die Staats- und Privatgeschäfte munter durcheinander. Der Mann, der versprach, den „Sumpf in Washington trocken-zulegen“, positioniert sein Bauimperium aus 111 Unternehmen in 18 Ländern so, dass es von der Präsidentschaft direkt profitiert.

Bei dem Glückwunschtelefonat des argentinischen Präsidenten Mauricio Macri erkundigte sich Trump laut

Medienberichten ganz nebenbei nach dem Stand einer Baugenehmigung eines Projekts in Buenos Aires. Und bei dem hastig arrangierten Treffen mit dem japanischen Ministerpräsidenten Shinzo Abe wohnten die drei Trump-Sprösslinge Ivana, Eric und Donald Junior bei, die das Unternehmen künftig führen sollen. Klar, dass der künftige Präsident wenig Interesse daran hat, sich von den Medien genau auf die Finger schauen zu lassen.

Dünnhäutig wie er ist, umgibt sich Trump auch sonst mit Personen, die ihm treu ergeben sind. Zu dem innersten Zirkel gehören seine Familienangehörigen, in konzentrischen Kreisen gefolgt von Unterstützern der ersten Stunden und Loyalisten.

Seine ersten Personalentscheidungen offenbaren ein verblüffendes Muster, das auf eine tief verunsicherte Person schließen lässt. Er beruft ältere weiße Männern, die so denken wie er selbst: weniger Ratgeber als Resonanzkästen und Abziehbild, die seine Ansichten über den Islam, Einwanderer und Amerikas Rolle in der Welt teilen.

Ganz besonders muss in diesem Kontext die Berufung des Propagandisten der extremen „Alt-Right“-Bewegung Stephen Bannon zum Chef-Strategen im Weißen Haus zu denken geben. Statt sich eindeutig von den weißen Nationalisten zu distanzieren, die seine Wahl im Ronald-Reagan-Building mit „Heil Sieg“ feierten, legte Trump sich mit den Schauspielern des Musicals „Hamilton“ an, weil diese Vizepräsident Mike Pence aufforderten, ur-amerikanische Werte hochzuhalten.

Immerhin hat Trump die Idee aufgegeben, Hillary Clinton strafrechtlich verfolgen zu lassen. Ein klein bisschen Normalität eines alles anderen als normalen Machttransfers. Thema Seite 3
politik@weser-kurier.de

Reutlinger General-Anzeiger

über den TPP-Rückzug Washingtons: „TPP war ein wichtiger außenpolitischer Baustein in Obamas strategischem Schwenk nach Asien. Das Abkommen sollte Staaten wie Vietnam oder Malaysia wirtschaftlich stabilisieren und ihnen langfristige Perspektiven geben. Mit Amerikas TPP-Rückzug wird Washington auf längere Sicht viel Vertrauen verspielen. Das ist zu einer Zeit gefährlich, in der der Inselstreit im Südchinesischen Meer zu eskalieren droht.“

Pforzheimer Zeitung

über Treffen mit SPD-Amtsträgern gegen Gebühr: „Dass Amtsträger aus Regierungsapparaten gegen Gebühr anzutreffen sind? Ungeheuerlich, da sie doch Staat und Demokratie, sprich dem Gemeinwohl, verpflichtet sind und nicht dem Versumpfen von Volksvertretern mit Lobbyisten von Wirtschaft und Interessensverbänden. Verunsicherten und Wutbürgern dürfte es einerlei sein, wie viel welcher Politiker vom unappetitlichen Hintergrund solcher Treffen wusste. Dazu geeignet, sie vom Sumpf des Populismus fernzuhalten, ist die brisante Nachricht aus der Sozialdemokratie gewiss nicht.“

Stuttgarter Zeitung

über die Streiks bei der Lufthansa: „Lufthansa-Chef Spohr hat es nicht nur verpasst, allen Beschäftigten die Notwendigkeit von Veränderungen im Flugverkehr plausibel zu vermitteln. Er hat auch noch versucht, den Umbau über ihre Köpfe hinweg zu gestalten und sie gegeneinander auszuspielen. Ihm fehlt es genauso am Willen zum großen Kompromiss wie den Piloten an der Bereitschaft, überkommene Privilegien abzubauen. Ausbaden müssen es vor allem die Kunden.“



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App **WESER-KURIER Live** können Sie digitale Inhalte abrufen.

Lohse soll sich für Länderbeschluss zum Bahnlärm einsetzen

Walter Ruffler über Güterbahnlärm in Wohngebieten

Die Bahnlärm-Initiative Bremen hat sich am 16. September 2010 aus einer Versammlung von über 100 Bürgern gebildet, als das Planfeststellungsverfahren zur „Ertüchtigung“ des Bremer Hauptbahnhofs eingeleitet wurde: Durch Ausbau von Gleisen wurde die Güterzugkapazität des Bahnhofs von 224 Güterzügen pro Tag um 25 Prozent auf 280 Güterzüge pro Tag gesteigert, von denen 150 nachts fahren sollen.

Da die Güterzüge des Seehafenhinterlandverkehrs mitten durch Wohngebiete in Bremen und Bremerhaven donnern, werden Lebensqualität und Gesundheit der Anwohner nicht nur durch Lärm,

sondern auch durch Erschütterungen geschädigt.

Für die Gesundheitsminister der Bundesländer steht fest: „Nach neueren Ergebnissen wissenschaftlicher Untersuchungen beeinträchtigt Bahnlärm die Gesundheit der Menschen grundsätzlich in ähnlicher Weise wie andere Verkehrslärmquellen.“ Einstimmig – also mit der Stimme der Bremer Senatorin für Gesundheit – haben sie Ende Juni auf ihrer 89. Konferenz in Warnemünde einen Katalog mit acht Forderungen an die Bundesregierung zum Thema „Gesundheitliche Auswirkungen von Bahnlärm“ beschlossen. Sie treten ein für einen Rechtsanspruch auf Lärmschutz auch an bestehenden Strecken, fordern die Einrichtung eines bundesweiten Netzes von Bahnlärm-Messstellen und verlangen, den Schutz vor gleisnah auftretenden „Erschütterungswirkungen“ zu verbessern.

Wichtig ist, dass dieser hervorragende Beschluss nicht in einem Aktenordner verstaubt, sondern umgesetzt wird. Dabei kommt es auch auf die Umwelt- und Verkehrsminister der Länder an. Wir haben uns an den Bremer Umweltsenator Joachim Lohse gewandt mit der Bitte, dass Erschütterungsmessungen an der gesamten Strecke zwischen Hauptbahnhof und Landesgrenze in Hemelingen erfolgen sollten und dass er sich bei der Bundesregierung mit Elan für die Schaffung eines Regelwerkes zur Messung von Erschütterungen mit Grenzwerten einsetzt.

Sinnvoll wäre der Einbau von „besohlenen Schwellen“, wenn Güterzüge mitten durch Wohngebiete fahren. Das sind Betonschwellen mit einer elastischen Beschichtung, die Erschütterungen dämpft. Wir würden es begrüßen, wenn der Umweltsenator sich dafür stark macht, dass die Bahn standardmäßig bescholtete

Schwellen in Wohngebieten verwendet. Mittelfristig wäre der Bau einer Güterumgehungsbahn notwendig.

Es wäre hilfreich, wenn die Bürgerschaft die Umsetzung der Beschlüsse der 89. Gesundheitsministerkonferenz mit einer Beauftragung des Senats unterstützt. Das wäre ein schönes Willkommen für die 90. GMK, die im Juni in Bremen tagt.



Unser Gastautor

ist Mitbegründer der Bahnlärm-Initiative Bremen. Ruffler hat 25 Jahre als Lehrer in der beruflichen Weiterbildung gearbeitet, dann als freier Künstler. Von 1991 bis 1995 saß er für die Grünen in der Bremischen Bürgerschaft.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.